



## Bundestag gedenkt Anschlagsoffer

Der Deutsche Bundestag gedenkt zu Beginn seiner Sitzung der Anschlagsoffer vom Berlin Breitscheidplatz



Im Bundestag wurde der Opfer des Anschlags von Berlin gedacht. Parlamentspräsident Norbert Lammert erinnerte daran, dass sich unter den zwölf Toten des Anschlags vom Breitscheidplatz neben sieben Deutschen Menschen aus Polen, Italien, der Ukraine, Tschechien und Israel befanden. Dutzende weitere seien verletzt worden. "Viele von ihnen werden noch lange kämpfen müssen, um körperlich wie seelisch ins Leben zurückzufinden, nicht anders ergeht es Augenzeugen und den vielen Hilfskräften, denen wir für ihren Einsatz am Tatort und in der Betreuung der Opfer und Hinterbliebenen von Herzen danken", so Lammert. Er betonte: "Die freie Gesellschaft ist nicht ohnmächtig. Auch sie kann und muss sich wehren. Unser Staat kann

Gefahren nicht ausschließen, die Sicherheitsbehörden können sie aber mit den rechtsstaatlichen Mitteln begrenzen, die ihnen zur Verfügung stehen". Neben der Trauer und Anteilnahme gelte es jetzt auch, manche unbequeme Debatte zu führen. Dabei gehe es auch um die notwendige Aufarbeitung von Versäumnissen in der Vergangenheit: "Wir dürfen und müssen uns dabei auch streiten", erklärte er. Dies solle niemand mit Schwäche verwechseln oder als Unentschlossenheit verunglimpfen. Er verwies darauf, dass das genaue Gegenteil zutrifft: Es ist gerade die Stärke unserer Demokratie, darum zu ringen, wie wir die schwierige Balance zwischen Sicherheitsanspruch und Freiheitsversprechen halten wollen. ■

### Gespräch mit THW Präsident Broemme

Mit dem Präsidenten des Technischen Hilfswerks, Albrecht Broemme (M.), und dem Vorsitzenden der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Bundestag, Andreas Jung (r.), sprach Josef Rief über die Herausforderung und die Ausstattung des THWs in der Zukunft. Als Mitglied des Haushaltsausschusses setzt sich Josef Rief stets für Verbesserungen für das THW ein. Das THW ist ein wichtiger Pfeiler des Katastrophenschutzes in Deutschland und auch im Wahlkreis Biberach. In den Verhandlungen des Bundeshaushalts für 2017 hatte die Koalition neue Stellen und ein Fahrzeugbeschaffungsprogramm für das THW beschlossen, was auch in der Fläche für Verbesserungen sorgen wird. ■



Josef Rief ist auf Facebook mit Profil und Fan-Page unter:  
[www.facebook.com/josefriefmdb](http://www.facebook.com/josefriefmdb)

**facebook**

## Entschiedene Maßnahmen gegen Gefährder

In einer aktuellen Stunde wurden in dieser Woche im Bundestag die notwendigen Maßnahmen gegen Gefährder und die Konsequenzen aus dem Fall „Anis Amri“ debattiert. Die vier baden-württembergischen Innenpolitiker Dr. Stephan Harbarth, Armin Schuster, Clemens Binninger und Nina Warken begrüßten in der Debatte, dass nun wichtige Maßnahmen der inneren Sicherheit umgesetzt werden können, für die sie sich seit langem gemeinsam stark machen.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Stephan Harbarth betonte, dass man nach dem Anschlag nicht einfach zur Tagesordnung übergehen könne. „Man kann nicht sagen, dass keine Fehler gemacht worden sind und keine Schwachstellen bestehen“. Die Union wolle die Vorgeschichte des Anschlags gründlich analysieren und sei offen für einen Untersuchungsausschuss, auch wenn der Fall in die Zuständigkeit der Länder NRW und Berlin falle. Harbarth erinnerte daran, dass ein Teil der Maßnahmen, auf die die große Koalition sich unmittelbar nach dem Anschlag verständigt habe, längst Rechtslage sein könnte. Entsprechende Vorschläge habe Innenminister Thomas de Maizière bereits im Sommer gemacht. „Das, was nun Gesetz wird, ist damals von der SPD vom Tisch gewischt worden“.

Innen-Obmann Schuster setzte sich dafür ein, bei der

Aufarbeitung des Falls Amri die gleiche parteiübergreifende Geschlossenheit zu zeigen, wie sie das Parlament beim NSU bewiesen hat. Die Union reagiere nicht aktivistisch oder hektisch. Der Vorsitzende im Gremium zur parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste, Clemens Binninger, sprach über die Zweifel der Bevölkerung, ob der Staat sie schützen könne. „Wenn wir diese Zweifel ernst nehmen, sollten wir im Schulterschluss alles tun, um Vertrauen zurückzugewinnen und den Bürgern in unserem Land das Gefühl zu vermitteln, dass hier in diesem Parlament, von unserer Bundesregierung, aber auch von den 16 Landesregierungen alles getan wird, um die Sicherheit der Menschen in diesem Land zu gewährleisten.“ Man müsse daher die Sicherheitsarchitektur neu ordnen, um sie der heutigen Bedrohungslage anzupassen. Dazu gehöre u.a. eine „zentrale Federführung und zwar im Bereich der Polizei, im Bereich der Nachrichtendienste und auch hinsichtlich der Frage von Abschiebungen“.

Nina Warken betonte, wie wichtig Änderungen beim Thema Abschiebehaft seien: „Wir können es einfach nicht länger akzeptieren, dass Abschiebungen in Länder wie Tunesien scheitern und schon gar nicht, wenn es sich dabei um Gefährder oder Straftäter handelt. Wir müssen dafür sorgen, dass solche Personen so lange in Haft genommen werden können, bis sie abgeschoben werden können.“ ■

## Baura-Club Birkenhard in Berlin

Zu Besuch in dieser Woche in Berlin: der Baura-Club Birkenhard, der durch sein jährliches traditionelles Sommerfest in Birkenhard bekannt ist. Josef Rief freute sich, die Organisatoren des Festes im Bundestag begrüßen zu können. Mit auf dem Besuchsprogramm der Gruppe steht natürlich die Grüne Woche, die größte Landwirtschaftsausstellung weltweit, die derzeit in Berlin stattfindet. ■



## Paul Locherer besucht Rief

Anlässlich der Eröffnung der Internationalen Grünen Woche besuchte der ehemalige Landtagsabgeordnete Paul Locherer, Mitglied im CDU-Bundesfachausschuss Agrar, Berlin und schaute auch bei den Kollegen Rief und Westermayer im Bundestag vorbei. Auf dem Foto (v.l.n.r.) (Paul Locherer, Gabi Locherer, Brigitte Westermayer, Waldemar Westermayer und Josef Rief) ■

